



Ein gemeinsames Projekt der  
Luzerner Landzeitungen

# Der Kampf gegen das Monopol

**WETTBEWERB** Der Unternehmer Peter Schilliger (FDP) ist eine der treibenden Kräfte für einen «Wettbewerb mit gleich langen Spiessen». In der Herbstsession befasst sich der Ständerat mit seiner parlamentarischen Initiative. Gleichzeitig werden in der kleinen Kammer noch zwei Motionen mit derselben Stossrichtung behandelt. Die Ratslinke lehnt die Vorstösse hingegen ab.

von Ernesto Piazza

Wettbewerb mit gleich langen Spiessen: Das fordert der Luzerner Nationalrat Peter Schilliger mit seiner parlamentarischen Initiative. Im Rahmen der Herbstsession befindet der Ständerat darüber. Der FDP-Politiker verlangt den Erlass von gesetzlichen Bestimmungen, sodass Wettbewerbsverzerrungen unterbunden werden könnten. Mit dem Vorstoss soll es gewissen Firmen auf dem freien Markt untersagt werden, Konkurrenzvorteile zu erlangen. Schilliger will verhindern, dass sich Monopolunternehmen – beispielsweise aus der Strombranche – mit Kundeninformationen aus dem Monopolbereich in einem Nicht-Monopolsegment einen Marktvorteil verschaffen. Das Begehren zielt grundsätzlich auf Firmen ab, an denen Bund, Kantone oder Gemeinden finanziell beteiligt sind. Schilliger hat mit seinem Vorstoss auch Staatsgarantien im Visier, «weil dadurch die Kapitalbeschaffung günstiger wird».

Zusammen mit dem Vorstoss Schilliger werden gleichzeitig noch zwei Motionen der beiden Ständeräte Andrea Caroni (FDP) und Beat Rieder (Die Mitte) mit gleicher Stossrichtung in der kleinen Kammer behandelt. Im Nationalrat ist Schilligers parlamentarische Initiative vor rund einem Jahr mit 116 zu 65 Stimmen angenommen worden. Die ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-S) lehnte sie jüngst allerdings mit 6 zu 5 Stimmen, bei einer Enthaltung, knapp ab. Die Initiative greift aus Sicht der Kommissionsmehrheit «potenziell in die föderalistischen Zuständigkeiten ein, weil sie primär auf die Ebene der Kantone und Gemeinde abziele». Ausserdem findet sie bei dieser komplexen Materie einen Auftrag an den



Monopolbetriebe – beispielsweise in der Strombranche – sollen sich keinen Marktvorteil beschaffen. Foto Keystone

Aufträge gefeilscht werden müsse. «Dagegen ist nichts einzuwenden. Vorausgesetzt: die Rahmenbedingungen sind fair.» Apropos fair: Um diesem Anliegen entsprechend Nachdruck zu verleihen, wurde in der vergangenen Woche unter dem Titel «Fair ist anders» eine parlamentarische Gruppe gegründet (siehe Kasten).

## Unterstützung vom Gewerbeverband

Bereits 2017 hatte sich Schilliger für einen «Wettbewerb mit gleich langen Spiessen» starkgemacht, die Debatte angestossen. Und er betont: «Während meines Dreivierteljahres ohne Einsitz im Bundesparlament wurde ich auf kein anderes politisches The-

durch Firmenübernahmen zu direkten Konkurrenten der KMU. «Dieser Kampf führt in der Tendenz zu höheren Kosten für die Abnehmer», so der sgV weiter. Auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde seien einige Staatsunternehmen notwendig, doch oft nützten diese ihre hybride Natur aus, um andere Unternehmen mit ungleich langen Spiessen zu konkurrenzieren. «Der Wettbewerb ist dabei nicht das Problem. Unternehmen im freien Markt sind sich gewohnt, dort zu bestehen. Problematisch wird es, wenn Staatsunternehmen ihre Privilegien einsetzen, um in freie Märkte einzudringen.»

## Linke lehnt die Initiative ab

Die Ratslinke lehnt die Initiative Schilliger hingegen ab. «Der Bund würde mit der beantragten Regelung massiv in die Kompetenzen der Kantone und Gemeinden eingreifen. Das ist verfassungsmässig höchst problematisch», sagt die Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo. «Die Entscheide in den Kantonen, zum Beispiel der Kantonalbank eine Staatsgarantie zu geben oder in Gemeinden/Städten die technischen Betriebe selber zu betreiben, sind demokratisch legitimiert. Es braucht nicht mehr Regulierung, es liegt an den zuständigen Gemeinwesen, bei Problemen oder schlechter Geschäftspraxis zu handeln.» Und weiter betont Birrer-Heimo: «Die Probleme sollen dort gelöst werden, wo die Unternehmen sind.»

Zudem sei auch unklar, an welche Akteure die parlamentarische Initiative genau gerichtet ist: «Geht es vor allem um den Strommarkt, oder sind ebenfalls Gemeindewasserwerke, Kantonalbanken oder Spitäler davon betroffen?» Zudem ist sich die SP-Nationalrätin sicher: «Die Umsetzung des



*«KMU sollen gegenüber Staatsbetrieben in einem Wettbewerb mit gleich langen Spiessen stehen können.»*

Peter Schilliger Nationalrat FDP

Vorstosses würde einen enormen administrativen Aufwand für die Gemeinwesen, die Wettbewerbsbehörden und die Gerichte schaffen.»

## Mit «Fair ist anders» eine Lanze für die KMU brechen

**PARLAMENTARISCHE GRUPPE** Um seinem Anliegen noch zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, gehört Peter Schilliger auch zum Co-Präsidium der in der letzten Woche neu gegründeten parlamentarischen Gruppe «Fair ist anders». Sie engagiert sich dafür, «dass sich die nationale Politik endlich ernsthaft mit der Problematik beschäftigt und klare Leitplanken und Eignerstrategien schafft, um die KMU als Rückgrat der Schweizer Industrie zu stärken», so das Co-Präsidium, das parteipolitisch breit abgestützt ist. Unter anderen gehört auch der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki (FDP) der Gruppe an. Diese konzentriert sich ausschliesslich auf kantonsübergreifende, bundesnahe und bundes-eigene Betriebe.

Die Post als Kiosk plus, die Swisscom als grösste Kinobetreiberin, die SBB als zweitgrösste Immobilienbesitzer und grosser Energiedienstleister, die

einerseits im Monopolbereich der Stromversorgung und andererseits überkantonal als Investor im Bereich der freien Marktwirtschaft wirken: «Die Liste der nationalen Beispiele ist lang und immer mehr Unternehmen der öffentlichen Hand nutzen ihre Monopolstellung aus», betont Schilliger.

Und weiter erklärt der FDP-Nationalrat: Die Wettbewerbssituation zwischen staatsnahen oder sich mehrheitlich in staatlichem Besitz befindenden Unternehmen und privatwirtschaftlichen Akteuren müsse ernsthaft analysiert und Lösungsansätze diskutiert und gefunden werden. Bevor die parlamentarische Gruppe «Fair ist anders» aber mit neuen Vorstössen aktiv wird, will sie die Ständeratsdebatte (siehe Haupttext) von dieser Woche abwarten. «Wir erwarten von dieser Beratung erste Schritte in die richtige Richtung», sagt der Unternehmer. **ep**



*«Die Umsetzung des Vorstosses würde einen enormen administrativen Aufwand schaffen.»*

Prisca Birrer-Heimo Nationalrätin SP

Bundesrat, sprich eine Motion, angemessener als der Weg über eine Initiative.

Schilliger ist vor allem wichtig, «dass der Prozess sich auf dem richtigen Weg befindet». Wobei er nach wie vor optimistisch ist, dass auch sein Vorstoss beim Ständerat auf die nötige Resonanz stösst. Er sagt aber auch: «Eine Motion ist eventuell der schnellere Weg ans Ziel.» Und dieses ist, die entsprechende gesetzliche Grundlage zu schaffen, «damit namentlich KMU gegenüber Staatsunternehmen in einem Wettbewerb mit gleich langen Spiessen stehen können». Als Unternehmer wisse er, dass in einer freien Wirtschaft zuweilen hart um

ma mehr angesprochen als auf die Problemstellung der in dieser parlamentarischen Initiative thematisierten Wettbewerbsverzerrung.» So auch kürzlich, als der FDP-Nationalrat an einer Veranstaltung in Ebikon zugegen war.

Bei diesem Themenkreis ortet der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) auch ein Problem. «Es ist ebenso bekannt, wie es ärgerlich ist», betont der sgV in seinem Kommunikationsorgan. Immer häufiger nutzen Unternehmen der öffentlichen Hand ihre Monopolstellung aus, würden mit neuen Dienstleistungen oder